Anzeigenpreis: 10 Mk. für die 4mal gespalt. Millimeterzeile Kaufpreis 15.95 Mk., für die Empfehlungszeile 30.60 Mk. Erfüllungsort Castrop. Der etwa gewährte Rabatt erlischt bei Konkurs, Zwangsvergleichen und gerichtlichen Klagen.
Frühere Anzeigen werden bis vorm. 11 Uhr, kleinere bis 3 Uhr nachmittags vor Ausgabe der Zeitung erbeten.
Postscheckkonto: 40 180 Köln. — Fernsprech-Anschluß Nr. 6.
Verantwortlich für den Schriftteil: Franz Joseph Pruys Castrop

Castroper Anzeiger

Castroper Zeitung

48. Jahrgang

Die Castroper Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage und kostet durch Boten frei ins Haus gebracht 90 Mark (im voraus zahlbar) für den Monat. Postbezug 690 Mk. für den Monat, ohne Postbestellgeld. Falls wir in der Herausgabe und Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Geschäftsstelle u. Schriftleitung: Castrop, Münsterstraße 24. Sprechstunden der Schriftleitung: werktags 6—7 Uhr nachmittags.

Rauxeler Neueste Nachrichten — Rotationsdruck und Verlag: Castroper Zeitung (Geschw. Schmitz), Castrop — Bladenhorster Tageblatt

Amtl. Veröffentlichungsblatt für den Landgerichtsbezirk Dortmund, für die Stadt Castrop und die Ämter Rauxel und Bladenhorst
Alle amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Castrop, der Ämter Rauxel und Bladenhorst erlangen nach Veröffentlichung in obigen Blättern rechtsverbindliche Kraft.

Nr. 297/197 — Freitag, den 22. Dezember — 1922

Das Wohnungselend.

Zu den Ernährungs- und Bekleidungsnöten, die als Folge der Geldentwertung mit immer wachsender Wucht auf den Schichten der von Lohn und Gehalt lebenden Bevölkerung lasten, ist, nicht weniger unerträglich für die Betroffenen, die Wohnungsnot hinzugekommen. Wenn auch dem Sinne der Zwangsbewirtschaftung entsprechend diese als schwere Bedrohung der Volksgemeinschaft sich auswirkende Erscheinung theoretisch Besitzende u. Nichtbesitzende gleichschwer treffen sollte, so ist es doch ein offenes Geheimnis, daß auch auf diesem Gebiete der mit Mitteln Gesegnete in jeder Beziehung im Vorteil ist. Die schon vor dem Kriege bestehende Wohnungsnot, die damals nicht durch Mangel an Wohnraum, wohl aber durch die Höhe der Mietsätze im Verhältnis zum Gesamteinkommen hervorgerufen wurde, hat sich jetzt so vervielfältigt, daß Presse und Parlamente, die gesamte Oeffentlichkeit widerhallen von den leider nur allzu berechtigten Klagen der Millionen, die kein Heim, ja in vielen Fällen nicht einmal eine einigermaßen menschenwürdige Unterkunftsmöglichkeit besitzen. Es ist nicht einfach, mit einigermaßen zuverlässigem Zahlenmaterial den Wohnungsnotstand und seine Ursachen zu belegen. Ministerialrat Krüger macht in der soeben erschienenen Nummer der Zeitschrift „Der Wiederaufbau" den Versuch, wenigstens annäherungsweise die Oeffentlichkeit zahlenmäßig über die Ursachen der Wohnungsnot zu unterrichten. Er kommt zu dem Ergebnis, daß nach Abzug der seit 1914 aufgelösten Haushaltungen auf Grund der Eheschließungsziffer, Ende 1921 die Zahl der gesuchten Wohnungen 1 800 000 beträgt. Nun wollen aber nicht nur die jungen Ehepaare unterkommen, sondern auch [illegible] Bevölkerung aus den an Frankreich abgetretenen Abstimmungsgebieten und aus den durch Besatzungsgebiete beraubten Boden des Vaterlandes drängt sich eine die Millionenziffer wahrscheinlich heute schon überschreitende Zahl von Flüchtlingen aus den geraubten Gebieten und aus dem Auslande zusammen. Ungefähr 200 000 Haushaltungen dürften von Flüchtlingsfamilien obdachlos sein. Nicht genug damit. Ein Riesenheer von Besatzungsparasiten hat sich in die zum Teil dichtbevölkertsten Gebiete eingedrängt und treibt auf Kosten des deutschen Volkes einen ungeheuerlichen Wohnungsluxus. Die Gesamtziffer von 20 000 Wohnungen die deutschen Staatsbürgern geraubt sind, dürfte eher zu niedrig als zu hoch gegriffen sein. Insgesamt ergibt sich aus allen diesen Ziffern, ein Bedarf von ungefähr 2 020 000 Wohnungen. Dem steht ein durchaus ungenügendes Wohnungsangebot gegenüber. Unter Einrechnung des Bestandes an Leerwohnungen während des Krieges und unter Berücksichtigung der durch Neubauten und Umbauten hergestellten Wohnungen beziffert Ministerialrat Dr. Krüger dieses Angebot auf 630 000 Wohnungen. Es bleibt also ein Fehlbetrag von 1 390 000 Wohnungen.

Was hat nun das Reich gegenüber dieser Not getan? Die sogenannte Wohnungszwangswirtschaft ist Gegenstand heftiger Angriffe seit ihrer Einrichtung gewesen. Zunächst ist die Regelung der Mietspreise in Angriff genommen. Anfangs war die Festsetzung der Mieten dem Ermessen der Einigungsämter überlassen, ein Verfahren, das in Kreisen der Mieter und Vermieter eine große Nervosität hervorgerufen hat. Seit dem März dieses Jahres ist nun das Reichsmietengesetz in Kraft getreten, das die Grundmiete aus der Friedensmiete und sonstigen Nebenleistungen berechnet. Hinzu treten behördlich festgesetzte Zuschläge verschiedenster Art. Die Kündigung des Mietsvertrages und ähnliche Vereinbarungen sollen durch ein dem Reichstag vorliegendes Mieterschutzgesetz geregelt werden. Aehnliche Vorschriften gelten auch in anderen Ländern, z. B. in England und Schweden. Erheblich weiter als das Ausland geht Deutschland aber in der Bewirtschaftung des vorhandenen Wohnraumes. Den Gemeinden ist durch das Wohnungsmangelgesetz vom Mai 1920 weitgehende Vollmacht über Beschlagnahme und Eingriffe in das freie Verfügungsrecht der Wohnraumbesitzer verliehen worden.

Die Neubautätigkeit suchte man ebenfalls durch Erleichterungen verschiedenster Art hinsichtlich baupolizeilicher Vorschriften und durch Finanzierung zu beleben. Das Reich versuchte diese Finanzierungen durch eine Abgabe, die auf den vorhandenen Wohnraum gelegt wurde, zu unterstützen. Gegen starke Widerstände wurde Juni 1921 das Wohnungsabgabegesetz beschlossen, dessen Wirkungen zur Zeit durch die Geldentwertung und die damit verbundene Verteuerung der Baukosten fast gänzlich aufgehoben worden sind. Während Juli 1921 im Verhältnis zum Friedenspreis die Baukosten noch das 12- bis 15fache betrugen, erreichten sie April 1922 bereits das 60fache, augenblicklich das 300- bis 500 fache. Das gänzliche Stocken der privaten Bautätigkeit, die heute sich ausschließlich auf Luxuswohnhäuser von Leuten, die überhaupt nicht zu rechnen brauchen, beschränkt, ist eine Folge der Tatsache, daß niemand mehr Kapitalien auf dem Wege über Hypotheken oder Pfandbriefe zur Verfügung stellen will, weil er mit einer Dezimierung der auf diese Weise angelegten Summen rechnen muß. Im Jahre 1919 wäre eine großzügigere Anregung der Bautätigkeit durch eine Lockerung der künstlichen Mietenniederhaltung vielleicht noch möglich gewesen, wenn es auch von amtlicher Seite z. B. in dem angeführten Aufsatz des Ministerialrats Krüger, bestritten wird. Heute ist die Beseitigung der Zwangswirtschaft völlig unmöglich geworden. Gefordert muß aber mit allem Nachdruck die Beseitigung der zum Himmel schreienden Mißstände werden, die nicht auf die Grundgedanken der Gesetzgeber, sondern auf die Tätigkeit der ausführenden Organe zurückzuführen sind. Sonst wird die Erbitterung der Wohnungssuchenden, die auf Schritt und Tritt leider vielerorts Unlauterkeiten und Ungerechtigkeiten wahrnehmen, die unerfreulichsten und radikalsten Formen annehmen.

Viel Geschrei und wenig Wolle.

Der angebliche Plan zur Mitwirkung bei der Entschädigungsfrage.

Paris, 21. Dez. De Matin veröffentlicht folgende Depesche aus London:

Von unbedingt glaubwürdiger Seite in Washington erfährt man, daß der amerikanische Vorschlag zur Lösung des Wiederherstellungsproblems der folgende sei:

1. Die Vereinigten Staaten würden sich in einem Ausschuß vertreten lassen, der beauftragt werde, über die Lebensbedingungen in Deutschland eine Untersuchung einzuleiten und den Gesamtbetrag der Wiederherstellungszahlen festzusetzen, der gerecht sein müsse und in keiner Weise die Zahlungsfähigkeit des Deutschen Reiches übersteigen dürfe.

2. Für den Fall, daß dieser Betrag von allen europäischen Staaten angenommen werde, würden die Vereinigten Staaten die Versicherung geben, daß die amerikanischen Bankiers geneigt seien, eine Anleihe aufzulegen, um es Deutschland zu gestatten, mit der Abtragung seiner Schuld zu beginnen.

3. Amerika werde sich bereit erklären, eine weniger strenge Politik hinsichtlich der Zurückerstattung der Kriegsschulden, die seine Verbündeten ihm gegenüber kontrahiert hätten, anzunehmen.

Diese Nachricht wird bestätigt in einem Telegramm des Petit Parisien aus Washington. Das Blatt geht sogar noch weiter und erklärt, die amerikanischen Finanzkreise sagten zwar, es sei unter den augenblicklichen Bedingungen unmöglich, Deutschland eine Anleihe in der angeführten Höhe (6 Milliarden Goldmark) zu bewilligen, da dies die Möglichkeiten des amerikanischen Marktes übersteige, wenn Deutschland jedoch den wirklichen Willen, sich wieder zu erheben, kundgebe, werde es eine mäßige Anleihe mit kurzer Lauffrist erhalten können. Aber im Augenblick richte sich die ganze Aufmerksamkeit der Vereinigten Staaten auf Frankreich und seine Haltung in der Wiederherstellungsfrage. Man erklärt, die Pläne und das Verlangen, die Wiederherstellungsschuld herabzusetzen, seien nicht etwa deutschfreundlich, und niemand wolle Frankreich veranlassen, eine Summe anzunehmen, die geringer sei als die, die Deutschland zahlen könne. Es sei wenig wahrscheinlich, daß jenseits des Atlantischen Ozeans die Dinge eine neue Wendung nähmen, bevor die Ergebnisse der Januarkonferenz bekannt seien. Man stehe auf dem Standpunkt, daß jetzt Europa, besonders aber Frankreich, das Wort hätte.

— Was hiernach als amerikanischer Plan übrigbleibt, rechtfertigt durchaus unsere Warnung vor übertriebenen, ja überhaupt vor Hoffnungen. Ein greifbarer Plan zur Hilfe besteht nach dieser Meldung überhaupt nicht, sondern nur Bereitschaft zur Mitwirkung bei der Einleitung eines solchen. Das dürfte auch der augenblickliche Stand der Dinge sein, und erst langwierige Verhandlungen können mehr als das ergeben — oder aber auch nicht, denn vieles hängt ja vom Willen der übrigen Verbandsmächte und nicht von uns ab.

Harding bietet seine guten Dienste an.

London, 21. Dez. Harding machte auf der Pressekonferenz klar, daß sein ganzer Plan darin besteht, den Alliierten seine guten Dienste für die Feststellung der Wiederherstellungen anzubieten und im Fall der Annahme einen Sachverständigen-Ausschuß nach Deutschland zu senden, um dessen Zahlungsfähigkeit festzustellen. Pariser Depeschen geben keine Hoffnung auf eine Zustimmung Frankreichs.

Staatssekretär Hughes widerstrebt den „Sanktionen".

London, 21. Dez. Der Daily Telegraph zufolge hat Staatssekretär Hughes kürzlich in einem Meinungsaustausch mit gewissen Alliiertendiplomaten in Washington auf die sehr starken Bedenken Nachdruck gelegt, die von der amerikanischen öffentlichen Meinung gegen einige von der französischen öffentlichen Meinung begünstigte Sanktionen oder Pfänderergreifungen, wie zum Beispiel die Besetzung des Ruhrgebiets, empfunden werden, und habe die Wichtigkeit der Ansichten betont, die von der internationalen Bankwelt mit Bezug auf eine praktische Regelung des gesamten Wiederherstellungsbetrags vertreten werden. Dem Blatt zufolge soll noch abgewartet werden, ob Washington entweder direkt oder durch einen Beobachter an der kommenden Pariser Konferenz formell die Verweisung einer Entscheidung über eine der wichtigsten Seiten des Wiederherstellungsproblems an den Bankierausschuß vorschlagen werde.

Die tatsächlichen Schritte Amerikas

Anleihebereitschaft nur bei Reparationslösung. Bedingte alliierte Schuldenverminderung.

Paris, 21. Dez. Trotz aller Verschleierungsversuche der französischen Presse gewinnt man allmählich Klarheit über die wahren Absichten der amerikanischen Regierung zur Lösung der Reparationsfrage. Es steht fest, daß der Staatssekretär Hughes dem französischen Botschafter Jusserond mitteilte, „er wäre glücklich, eine internationale Wirtschaftskonferenz einzuberufen, die in wissenschaftlicher Weise (!) die Zahlungsfähigkeit Deutschlands feststellen solle". Fest steht weiter, daß die amerikanische Regierung ihre Vorschläge bereits in bestimmte Formen kleidete, über die der Exchange Telegraph und die Radioagentur folgende Mitteilungen aus vollkommen autorisierter Quelle machen: Die Regierung der Vereinigten Staaten habe die Absicht, die europäischen Mächte einzuladen eine neue und letzte Anstrengung zu machen, um einen Plan für die Regelung der Reparationsfrage auszuarbeiten. Die amerikanische Regierung wäre glücklich, an einer offiziellen Kommission teilzunehmen, die genau festzustellen hätte, in welchem Maße und bis zu welcher Grenze Deutschland seine Reparationsverpflichtungen erfüllen könne. Falls die Alliierten diesem Plan zustimmten, wären die Vereinigten Staaten in der Lage, die Zusicherung zu geben, daß amerikanische Bankiers geneigt wären, gegen entsprechende Garantien eine Anleihe zu zeichnen, die ausreichen könnte, um es Deutschland zu gestatten, mit der Amortisierung seiner Schulden gegenüber den Alliierten zu beginnen. Außerdem wäre die Regierung der Vereinigten Staaten geneigt, eine entgegenkommende Politik in der Frage der Schulden der Alliierten gegenüber Amerika einzuschlagen. Sie würden genau die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit jedes einzelnen Schuldnerstaates in Betracht ziehen, um festzustellen, in welcher Weise dieser bezahlen solle. Die Bedingungen gegenüber den Schuldnern Amerikas würden mehr oder weniger gemildert werden, je nachdem sich die wirtschaftliche Lage der einzelnen Schuldner gestalte. Diese Nachrichten der beiden genannten Agenturen werden durch den Washingtoner Korespondenten des Petit Parisien bestätigt, der ebenfalls erklärt, daß durch eine Kommission die Zahlungsfähigkeit Deutschlands festgestellt werden solle. Dann wäre es möglich, unter der Mitwirkung Amerikas durch Bankiers eine Anleihe aufzubringen.

Welche Pläne hat Poincare?

Paris, 21. Dez. Die Oeuvre beschäftigte sich gestern mit der Lage vor der Pariser Konferenz. Sie verlangt die Veröffentlichung der französischen Pläne, die der Konferenz vorgelegt werden sollen. Wir wären, sagt das Blatt, um so neugieriger, den französischen Plan kennen zu lernen, als — wenn man aus gewissen Anzeichen Schlüsse ziehen darf — Poincare mehr an das Ruhrgebiet und seine „produktiven Pfänder" denkt als an das Zahlungsstatut, und wenn er immer noch von der Forderung an Deutschland redet, so ist das, wie man sich erzählt, Schamgefühl, wenn nicht gar Vorsicht, aber er glaubt nicht mehr an die Wiederherstellungen und sieht in den Pfändern die einzige Zahlung, die Frankreich jemals erlangen wird.

Was das französische Blatt da sagt, ist auch in Deutschland die Ansicht vieler. Klarheit darüber wird Poincare aber wohl nicht verbreiten. In der Kammer tat er es nicht, sondern verschanzte sich hinter die Formel, daß er mitten in den Verhandlungen nichts sagen könne. Im Senat wird es nicht anders werden, und überdies dürfte die Aussprache wohl verschoben werden; wenigstens will das Echo de Paris wissen, daß die für morgen angesetzte Interpellationsdebatte über die äußere Politik nicht stattfinden werde; Senator Gaudin de Villaine sei krank und habe die Vertagung der Debatte um acht Tage gewünscht.

Noch ein neuer Plan.

Berlin, 21. Dez. Der Geschäftsführer der Internationalen Handelsbank, Konsul Marx, über dessen Reparationsplan verschiedene Meldungen durch die Presse gingen, schreibt, er habe vorgeschlagen, eine Hypothek in Höhe von 20 Prozent auf das deutsche Volksvermögen zu legen. Bei Immobilien sei dies einfach. Für wirtschaftliche Betriebe schlage er die Erhöhung der Kapitalien um 25 Prozent durch Freianteile vor, die als Rechtsunterlage für einen 20prozentigen Gewinnanteil gelten sollen. Die Hypothek solle einer neu zu gründenden Kontributionsbank überwiesen werden, die den Sitz im neutralen Ausland haben solle. Der Umfang der Hypothek soll die endgültige Höhe der Kontributions-Verpflichtungen darstellen. Die Kontributionsbank solle innerhalb der Kontributionssumme Goldanleihen herausgeben und sie an die Ententestaaten abführen. Die deutsche Regierung habe das Recht, solche Obligationen zurückzukaufen, so daß die Hypothek automatisch gedeckt wird.

Diesen Plan hat Konsul Marx dem Reichsminister des Innern, Dr. Köster, entwickelt und noch einige politische Bedingungen gestellt, so die Rückgabe des Saargebietes, des polnischen Korridors und der Stadt Danzig sowie die Zurückziehung der Besatzungstruppen.

„Das ist ein großer Irrtum."

London, 21. Dez. Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph schreibt:

Die Regierung Cuno scheint zu glauben, daß sie eine große Anleihe direkt von Amerika bekommen wird. Das ist ein großer Irrtum. Die amerikanische Regierung bemüht sich, ihre auswärtigen Guthaben einzuziehen, nicht aber neu zu vergeben. Für eine private Anleihe aber müßte das Reich volle Sicherheiten geben, das bedeutet, daß es sich insbesondere hinsichtlich der Währung wie der Besteuerung praktisch neuen Reformen unterzieht, daß es die im Auslande befindlichen Kapitalien zurückerzwingt, ferner politische Garantien und Versicherungen auf dem Gebiete der internationalen Politik abgebe und sich verpflichten müßte, jeden Pfennig abzuliefern, den es verdienen kann, um die gerechten Reparationsansprüche Frankreichs zu befriedigen. Das sind die Anschauungen verantwortlicher amerikanischer Persönlichkeiten, die sich bemühen, das europäische Gleichgewicht wieder herzustellen. Aber alles das kann nicht von einem Tag zum andern durch einen Wink von Washington aus erreicht werden.

General Mangins Rheinlandspolitik.

Paris, 21. Dez. Der frühere französische Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen, General Mangin, hat dem Publizisten Nister einige bisher unbekannte Dokumente, die sich auf Pläne zur Abtrennung des linken Rheinufers von Deutschland beziehen, zur Veröffentlichung überlassen. Nister beginnt mit der Bekanntgabe des Materials in der Revue Universelle. Aus den letzten Monaten des Jahres 1919 stammt eine Denkschrift Mangins, die heute, wo der berüchtigte Plan Dariac die Welt aufgeklärt hat, einen geradezu aktuellen Eindruck macht. Mangin em

wickelt nämlich aus der Idee der wirtschaftlichen Losmachung des Rheingebietes den Annexionsgedanken. Er schreibt: „Wir wollen die wirtschaftliche Entwicklungsfähigkeit des Rheingebietes nicht ersticken, aber dafür sorgen, daß es mehr und mehr von seinen deutschen Beziehungen entfernt und Frankreich zugetrieben wird. Der Rheinländer ist nicht verpreußt. Er ist Deutscher. Aber er kann unsern Zwecken gewonnen werden, wenn wir die Losmachungskampagne unter der Parole: Wirtschaftliche Befreiung von dem falliten Deutschland betreiben.

Demgemäß wirft General Mangin, Militär und Wirtschaftsapostel zugleich, die Idee auf, „der deutschen Mark im Rheinland den Eingang zu versperren." Er empfiehlt die Errichtung einer rheinländischen Bank (wobei ihm ein deutscher Bankier von Ruf als Ratgeber Dienste geleistet haben soll) und außerdem die Einführung des rheinischen Franken. Die Noten des Generals Mangin wurden auch den amerikanischen Mitgliedern der Rheinlandkommission zugeschickt, fanden aber keine Beachtung. Heute erinnert Mangin daran, daß er die Dinge richtig erkannte. Er sagte dem Publizisten, der die Dokumente kommentiert: „Wenn Sie meine Vorschläge durchlesen, so werden Sie erkennen, daß die Idee der wirtschaftlichen Befreiung des linksrheinischen Gebietes von Deutschland von mir stammt."

Aus dem Reiche.

Die Ernährungslage.

Berlin, 21. Dez. Die Vorstände der vereinigten Bauernvereine sind gestern vom Reichskanzler Cuno zu einer Besprechungen über die Ernährungslage empfangen worden.

Der Personalabbau der Reichspost.

Berlin, 21. Dez. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, sind im Reichspostministerium in letzter Zeit die notwendigen Vorkehrungen getroffen worden, um die Betriebs- und Personaleinschränkungen energisch und schnell in absehbarer Zeit durchzuführen. Am 18. und 19. d. Mts. fand im Reichspostministerium eine Besprechung mit den Personalreferenten sämtlicher Oberpostdirektionen statt, in der Richtlinien für einen einheitlichen Abbau des Personals in allen Bezirken von der Reichspostverwaltung ausgegeben wurden.

Severings Definition des Parteibegriffs.

Berlin, 21. Dez. Im preußischen Landtag hatte der Minister des Innern vor längerer Zeit erklärt, daß Versammlungen „politischer Parteien" ohne weiteres polizeilich zu schützen seien, und daß weiter „unbestimmte politische Gruppen" zu Versammlungen nur dann zugelassen und geschützt werden sollten, wenn die Polizeibehörde die Ueberzeugung gewinne, daß die Teilnehmer sich friedlich und unbewaffnet versammeln. Wie der amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, führt der Minister nunmehr in einer Verfügung aus, daß als politische Parteien im Sinne der erwähnten Erklärung alle Parteien im Reichstage und Landtage anzusehen sind. Den politischen Parteien angeschlossene oder von ihnen geschützte Jugendverbände, Berufsvereinigungen usw. gelten als „unbestimmte politische Gruppen".

Zu den Forderungen der Staatsarbeiter.

Berlin, 21. Dez. In Gewerkschaftskreisen hofft man, daß die Besprechungen im Reichsfinanzministerium doch noch die Möglichkeit einer Verständigung bieten werden, und daß über die Lohngestaltung für die letzte Dezemberwoche ein Uebereinkommen erzielt werden wird. Minister Hermes will sich jetzt mit dem Kabinett in Verbindung setzen und diesem die Lage klar machen. Von der Entscheidung des Reichskabinetts wird es dann abhängen, ob noch in diesem Monat erneute Verhandlungen mit den Staatsarbeitern stattfinden werden. Die Gewerkschaften betonen, daß sie zunächst keine finanziellen Forderungen gestellt haben, sondern daß sie lediglich die Möglichkeit haben wollen, den Vertretern des Finanzministeriums die Lage so zu schildern, wie sie sich in den Gewerkschaften darstellt.

Erleichterung in den Gütertarifen.

Die seit dem 1. Dezember in Kraft getretene Erhöhung der Gütertarife um 150 Prozent gegenüber den Novembersätzen, hat das Wirtschaftsleben wiederum aufs schwerste belastet und zu einem nicht unbeträchtlichen Teile zu den Preissteigerungen des Dezember-Monats beigetragen. Um die außerordentlichen Mehrausgaben der Reichsbahn zu decken, hat sich nach einer Erklärung des Reichseisenbahnministers im Reichstage diese Steigerung leider nicht vermeiden lassen. Um denn Härten zu vermeiden, wie sie eine jede Schematisierung mit sich bringt, soll zum 1. Januar eine gewisse Erleichterung für bestimmte Güter durchgeführt werden. Neben einer Ermäßigung für Ei- und Stückgüter sollen zahlreiche Güter beim Waggonversand in niedrige Tarifklassen eingereiht werden. In erster Linie ist hier der Verkehr mit Lebensmitteln berücksichtigt. In Frage kommt ferner die Erleichterung des Verkehrs mit den deutschen Seehäfen. Seitens des Reichseisenbahnministeriums schweben zur Zeit Untersuchungen über die Bedürfnisfrage und es ist zu hoffen, daß in möglichst kurzer Zeit auf Grund dieser Erhebungen die geplanten Maßregeln in Angriff genommen werden können. Der Reichsverkehrsminister weist in einer Antwort auf eine Reichstagsanfrage darauf hin, daß auch für die Binnenschiffahrt, zum Teil in noch stärkerem Maße als bei der Eisenbahn, die Selbstunkosten gestiegen sind. Weiterhin kommt eine Durchbildung der Frachtenabstaffelung auf weite Entfernungen in Frage, die den Bedürfnissen abgelegener Gebietsteile, man denke z. B. an Ostpreußen, Rechnung tragen soll. Alle diese Maßnahmen beweisen, daß man im Reichsverkehrsministerium keineswegs, wie es oft behauptet wird, sich mit schematischer Steigerung der Tarife begnügt, sondern daß man durchaus das Bestreben hat, der Vielgestaltigkeit unseres Wirtschaftslebens, soweit es sich mit den Bedürfnissen der Reichsverkehrsmittel vereinbaren läßt, Rechnung zu tragen.

Die Antwort des Bankhauses Morgan.

Paris, 22. Dez. Thomas Lamont, einer der Direktoren der Morgan-Bank hat, wie bereits gemeldet, im Mittwoch bei einem Diner, das unter dem Vorsitz von Elihu Root stattfand, in Newyork über die Anleihefrage gesprochen. Lamont sagte u. a.: Weder die Bank, der ich angehöre, noch eine andere Bank ist imstande, Deutschland eine Anleihe von 1½ Milliarden Dollar zu geben. Ich muß auch in Abrede stellen, daß der deutsche Botschafter Dr. Wiedfeldt vom Staatsdepartement zu uns geschickt worden ist. Als Morgan und ich Herrn Wiedfeldt sagten, daß eine Anleihe jetzt unmöglich sei, haben wir ihm nicht die Anleihe verweigert, sondern wir haben die Gründe angegeben, die es uns zurzeit als unmöglich erscheinen lassen, eine große Anleihe flüssig zu machen. Die Gründe liegen aber nicht im Bereich der Bank. Wir können nur eine Situation benutzen, um Geld zu mobilisieren, aber wir können keine Situation schaffen. Wir können unter den jetzigen Verhältnissen eine Beteiligung nicht empfehlen. Deutschland ist heute nicht in der Lage, Geldgebern Vertrauen einzuflößen. Die erste Voraussetzung für eine Anleihe ist, geschäftsmäßig betrachtet, die Festsetzung der Reparationsschuld. Es muß eine bestimmte Summe vereinbart werden, so daß Deutschland sich für die Zahlungen einrichten kann. Ist das geschehen, dann muß etwas zur Heranschaffung der Anleihe geschehen. Deutschland muß den Alliierten den Stabilisierungsplan vorlegen, der die Verwaltung der Zölle einschließt. Wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, dann kann ich mir vorstellen, daß eine Reihe amerikanischer Geldgeber bereit sein wird, Deutschland zu helfen. Diese Hilfe wird nicht so riesenhaft erscheinen, wie es die Phantasie darstellt. Für Frankreich haben wir alle eine aufrichtige Sympathie. Wir glauben an die Sparsamkeit des französischen Volkes und wollen gern mit ihm ein Geschäft machen. Aber ich kann mir nicht denken, daß Deutschland in der nächsten Zukunft in der Lage sein wird, die Reparationsschuld durch eine Anleihe zu bezahlen.

Der amerikanische Plan einer Wirtschaftskonferenz.

Scharfe Ablehnung am Quai d'Orsay.

Paris, 22. Dez. An amtlicher französischer Stelle wurde erklärt, es bestätige sich, daß die amerikanische Regierung vor einigen Tagen beim französischen Botschafter in Washington die Abhaltung einer internationalen Wirtschaftskonferenz zur Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands angeregt hat. Diese amerikanische Anregung hat in Pariser Regierungskreisen tief verstimmt.

Man bemerkt dazu am Quai d'Orsay, die Tatsache des amerikanischen Schrittes sei bis jetzt amtlich nicht betont worden, weil die französische Regierung diesem Schritt keinerlei Bedeutung beimesse. Er werde lediglich als Beweis für die in Amerika vorherrschende Unkenntnis der europäischen Angelegenheiten betrachtet. Man habe in Paris den Eindruck, daß Amerika jetzt erst das Vorhandensein der Wiederherstellungsfrage entdeckt habe und in völliger Verkennung der bisherigen Entwicklung des Problems etwas vorschlage, das nach französischer Auffassung völlig überflüssig sei.

Eine neue Untersuchung der deutschen Zahlungsfähigkeit würde, so erklärt man an zuständiger französischer Stelle weiter, zur Aufhäufung neuer Aktenstöße führen. Wenn Amerika wünsche, daß sein Interesse für die Wiederherstellungs-Frage von Frankreich ernst genommen werde, so müsse es vor allem zu erkennen geben, in welchem Umfang es bereit wäre, selbst einen Teil der Verantwortung für die Lösung des Problems auf sich zu nehmen. Frankreich würde es auch begrüßen, wenn Amerika einen Lösungsplan vorschlüge, zum Beispiel auf einer internationalen Konferenz, und wenn es zu diesem Zweck selbst eine Untersuchung der Lage der beteiligten Länder vornehme. Kurz: Jeder amerikanische Vorschlag, der etwas Greifbares zur Lösung der Wiederherstellungs-Frage einschlösse, würde von Frankreich dankbar angenommen werden. Aber die Abhaltung einer neuen Konferenz zur Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit in Gegenwart von amerikanischen Beobachtern ist nach Ansicht der französischen Regierung wertlos. Man erklärte es gestern abend am Quai d'Orsay für nicht unmöglich, daß Amerika sich doch entschließe, die von Frankreich gewünschten greifbaren Vorschläge zu machen, betont aber, daß bis jetzt keine Eröffnung solcher Art vorliege.

Zurückgestellt.

Newyork, 22. Dez. Wie das „Journal of Kommers" aus Washington meldet, wurde die Erörterung der Mittel für eine Ordnung der Lage Europas und für eine Hilfe an Deutschland in den amtlichen Kreisen bis zum Eintreffen der Antwort der französischen Regierung auf die von der Regierung der Vereinigten Staaten offiziös ausgestreckten Fühler zurückgestellt.

Mussolini gegen nutzlose Reisen.

Paris, 22. Dez. Havas veröffentlicht folgende Note der Agenzia Stefani: Es ist sehr wenig wahrscheinlich, daß Mussolini Zeit haben wird, sich nach Paris zu begeben, wenn nicht die diplomatischen Vorarbeiten der Konferenz so weit gediehen sind, daß Einstimmigkeit zwischen den Alliierten als sicher vorauszusehen ist.

Letzte Drahtmeldungen.

Dortgang der Reparationsbesprechungen.

Berlin, 22. Dez. Die Besprechungen der Reichsregierung mit den Sachverständigen über die Ergänzung des Reparationsprogramms nehmen ihren Fortgang und zwar wie bisher in der Form, daß der Reichskanzler, sowie die Reichsminister Hermes und Becker gesondert mit den Sachverständigen verhandeln. Ueber das Ergebnis der Besprechungen wird nach wie vor strengstes Stillschweigen bewahrt. Im Laufe des heutigen Tages wird ein Teil der Parteiführer vom Reichsminister v. Rosenberg, ein Teil vom Reichsminister Becker und ein anderer Teil vom Reichsminister Hermes zur Aussprache empfangen werden.

Die Antwort auf die deutsche Sühnenote.

Anzweiflung des sachlichen Berichts.

Paris, 22. Dez. Nach einer Meldung der Agence Havas hat die Botschafterkonferenz dem deutschen Botschafter Dr. Mayer als Antwort auf die letzte deutsche Mitteilung über die Zwischenfälle in Passau und Ingolstadt einen Brief überreicht, in dem die Konferenz feststellt, daß die deutschen Ausführungen den Berichten der interalliierten Kontrollkommission widersprechen.

Amtliche Erklärung zur Antwort der Botschafterkonferenz.

Berlin, 22. Dez. Zu der von der Botschafterkonferenz dem deutschen Botschafter in Paris übergebenen Antwortnote über die Zwischenfälle in Stettin, Passau und Ingolstadt wird amtlich erklärt:

Der Wortlaut der deutschen Note vom 10. Dez. wurde seinerzeit im Auftrage der Reichsregierung durch das Wolffsche Telegraphen-Büro verbreitet. Die Forderung der Botschafterkonferenz auf amtliche Veröffentlichung des Wortlautes der Note ist somit erfüllt. Die von der Botschafterkonferenz geäußerten Zweifel, ob die Entscheidung der Reichsregierung auch für die bayrische Regierung und für die lokalen Behörden des bayrischen Staates gelte, läßt sich durch Artikel 78 Abs. 1 der Reichsverfassung, auf welchen sich die Ausführungen der Note vom 10. Dez. stützen, klarstellen. Die Reichsregierung hat ihre Entschuldigung in Ausführung der Verfassungsbefugnisse ausgesprochen, da ihr die Wahrnehmung aller auswärtigen Angelegenheiten für alle Teile des Reiches zusteht, so daß, wie in der Note vom 10. Dezember hervorgehoben, für eine besondere Entschuldigung von bayrischer Seite kein Raum bleibt.

Keine weitere Verlängerung der Weihnachtsferien.

Berlin, 22. Dez. Nach dem amtlichen preußischen Pressedienst weist ein Erlaß des Kultusministers darauf hin, daß über die bereits mit Rücksicht auf die Kohlenknappheit angeordnete Verlängerung der Weihnachtsferien um 5 Tage hinaus keinem Antrage auf weitere Verlängerung entsprochen werden kann.

Ostpreußische Absage an eine Loslösung.

Königsberg, 22. Dez. In der Stadtverordnetenversammlung wurde mit großer Mehrheit ein deutschdemokratischer Antrag angenommen, der die auf eine Absplitterung der Provinz Ostpreußen vom preußischen Staat abzielenden Bestrebungen mit Entrüstung verwirft, sie für im höchsten Maße staatsgefährlich erklärt und Staats- und Reichsregierung auffordert, solche Machenschaften mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Die Grenzregelung mit der Tschecho-Slowakei.

Berlin, 21. Dez. Es ist nicht recht ersichtlich, wie bei der gemeldeten Grenzentscheidung an der tschecho-slowakischen Grenze von der Grenzfestsetzungskommission das Dorf Haatsch der Tschecho-Slowakei zugesprochen werden konnte. Die 2500 Einwohner dieses Dorfes sind sämtlich Deutsche. Der deutsche Vertreter bei der Grenzfestsetzungskommission, der Gesandte Göppert, wird in diesen Tagen in Berlin zurückerwartet. Erst dann wird Näheres gesagt werden können, wie es so weit kommen konnte. Diese Zuteilung muß als ein außerordentlich schweres Unrecht gegen Deutschland bezeichnet werden. Das Dorf Haatsch hat gar keine wirtschaftlichen Beziehungen zur Tschecho-Slowakei, dagegen sehr enge zur Stadt Ratibor. Die Begründung mit der die drei umstrittenen Dörfer von der Tschecho-Slowakei gefordert werden, ist in jeder Beziehung hinfällig. Die Ernährungsschwierigkeiten der Tscheo-Slowakei können mit diesem Gebiet nicht beseitigt werden. Sie sind auch nicht auf den Mangel an Erzeugung, sondern auf die bestehenden Transportschwierigkeiten zurückzuführen. Die Wirkung, die dieser Fehlspruch der Grenzfestsetzungskommission ausüben muß, dürfte die Mitglieder der Kommission belehren, daß in bezug auf Schandau, über das erst nach dem 2. Januar entschieden werden soll, nicht in ähnlich leichtfertiger Weise beschlossen werden darf.

Amerika gegen die Ruhrbesetzung.

Newyork, 22. Dez. Die „Newyork Tribune" erfährt von Washington von einer hohen amtlichen Persönlichkeit, daß die amerikanischen Truppen sofort vom Rhein zurückgezogen werden würden, wenn Frankreich das Ruhrgebiet besetze. Es wurde mitgeteilt, daß die Regierung eine Besetzung des Ruhrgebiets durch Frankreich unter den gegenwärtigen Umständen nicht billigt.

Der Plan einer Sachverständigenkommission zur Festsetzung der Reparationen.

Haag, 22. Dez. Aus London wird gemeldet, Die englische Regierung habe Hughes bereits mitgeteilt, daß sie damit einverstanden sei, daß Amerika eine Sachverständigenkommission zur Festsetzung der deutschen Wiedergutmachungen ernenne.

Ein rein nationalistisches Kabinett in Frankreich?

Paris, 22. Dez. Man läßt sich, offenbar auf Grund französischer Informationen aus Paris berichten, daß die Lage des Kabinetts Poincare gefährdet sei. Die Parteien der Rechten, insbesondere die des nationalen Blocks, führten bereits seit einigen Tagen Verhandlungen über die Bildung einer Parteiregierung, während die bisherigen Kabinette teils unter dem Schlagwort der „heiligen Einigkeit", teils nach persönlichen Gesichtspunkten von Briand und Poincare zusammengesetzt waren. Es soll also eine ausschließlich parteipolitische, das heißt parlamentarische Regierung gebildet werden.

Die amerikanische Meerengennote.

Ablehnung einer Ueberwachungskommission.

Paris, 22. Dez. Schon gestern konnte gemeldet werden, daß die Amerikaner sich gegen die Einsetzung einer Kommission zur Ueberwachung der Meerengen wenden. Nunmehr wird der Wortlaut der Note bekannt, welche die amerikanischen Abgeordneten der Kommission übermitteln.

Im Auftrage ihrer Regierung erklärten die Vertreter der Vereinigten Staaten, daß die völlige Freiheit der Meerengen für alle Völker ohne Unterschied durch das Vertrauen in das Recht gesichert würde, welche durch Verträge oder durch Abkommen eher sichergestellt werden könne, als durch eine gemischte oder internationale Meerengenkommission. Dieser Standpunkt wurde allen auf der Konferenz vertretenen Abordnungen übermittelt.

Abrüstung in der Praxis.

London, 22. Dez. Reuter meldet aus Washington: Marinesekretär Denby legte dem Kongreß einen Bericht vor, der besagt, daß weder Amerika noch Japan beabsichtigen, die vorhandenen Großkampfschiffe abzubrechen, solange der Abrüstungsplan nicht in Kraft getreten sei, wenn auch beide Länder den Bau von Großkampfschiffen eingestellt hätten. Reuter bemerkt dazu, daß Großbritannien im Gegensatz zu der Haltung der Vereinigten Staaten und Japan eine ansehnliche Zahl von Großkampfschiffen außer Dienst gestellt hat.

Paris, 22. Dez. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" aus Washington hat das Repräsentantenhaus das Marinebudget angenommen. Das Haus hat sich auch der im Bericht des Budgetausschusses angeschlossenen Forderung angeschlossen, Präsident Harding möge Verhandlungen mit England, Frankreich, Italien und Japan wegen eines Abkommens über die künftige Beschränkung des Baues sämtlicher Fahrzeuge über und unter Wasser mit einer Tonnage von 10000 und weniger Tonnen einzuleiten.

Handelsteil.

Devisenkurse.

Dollar 6500—6600.

Essen, 21. Dez. Unsicherheit und lustlose Haltung drückten auch heute die Kurse. Gegen Mittag notierten: Holland 2650, Amerika 6700.

Schlußkurse um 6 Uhr: Holland 2580—2610, Amerika 6500—6600, England 30000—33500, Frankreich 490—495, Belgien 440—445, Schweiz 1225—1235.

Berlin, 21. Dez Die Veränderungen am Devisenmarkt blieben belanglos. Es herrschte keine bestimmte Tendenz vor. Allseitig wurde wegen der Ungewißheit des Ausganges der von Amerika angerichteten Reparationsverhandlungen weitgehende Zurückhaltung beobachtet. Der Dollarkurs schwankte um 6750. In Effekten fanden keine Umsätze statt. Kurse wurden kaum genannt.

Produktenbericht.

Berlin, 21. Dez. Der Getreidemarkt verlief bei mangelnder Anregung äußerst still. Getreide erfuhr keine bemerkenswerte Aenderung. Für Roggen schien sich gegen gestern nachmittag eine stärkere Nachfrage geltend zu machen, deren Ursache in Deckungen gegen Vorlage an die Reichsgetreidestelle gesehen wurde. Weizen und Gerste wurde wenig zu ungefähr den gestrigen Preisen umgesetzt. Für Hafer bestand einiger Konsumbedarf. Das Maisgeschäft war gleichfalls still. Ebenso blieben die Umsätze in Mehl und in anderen Marktartikeln äußerst beschränkt.

B. Wellner

Metropol

Ab Freitag:

Am I. Feiertag:

Freitag 22. 12 | Samstag 23. 12 | Sonntag 24. 12 | Montag 25. 12



ist das entzückende **Singspiel:**

Am Brunnen vor dem Tore



Erstklassige Sänger und Sängerinnen.

In diesem herrlichen Film sind unsere alten lieben Volkslieder wie: „Am Brunnen vor dem Tore", „Sah' ein Knab' ein Röslein stehn", „Unter der blühenden Linde", „Und der Hans schleicht umher", „Wer uns getraut" und v eleandere in wunderbarer Weise illustriert.

Außerdem:

V. Teil **Seepiraten** **V. Teil**

Eddie Polo's
Kampf um Leben und Tod

Sechs Akte voll atemraubender Sensation und Spannung.

Dieser Teil bringt das stärkste und Verwegenste, was **Eddie Polo** je geleistet.

Ferner:

Charlie Chaplin

Das verrückte Huhn beim Großfürst von Kirkisien

Tränen werden gelacht. Der Gipfel der Situationskomik.

B. Wellner

-Theater

Ab Dienstag:

Am II. Feiertag:

Dienstag 26. 12 | Mittwoch 27. 12 | Donnerstag 28. 12



Eine Weihnachts-Ueberraschung für unsere Besucher!

Die große Zirkus-Sensation:

Wem nie durch Liebe Leid geschah



Ein erschütterndes Drama in 6 Akten aus der bunten Welt der Flitter mit einem großen Zirkus-Programm.

Charlie Chaplin

in seinem neuen Lachschlager.

Das Opfer der Ellen Larsen

Der Herzensroman einer schönen Frau, welche um ihres Kindeswillen alle Qualen erduldet, welche eine unglückliche Ehe mit sich bringt. Sechs unvergleichlich schöne Akte.

Schallende Heiterkeit — Riesigen Lacherfolg hat das urgelungene Lustspiel

5000 Dollar für ein Kind

Amerikanische Humoreske in 2 Akten.

An allen Tagen großes verstärktes Künstler-Orchester unter Leitung des Herrn Kapellmeisters Schmitt.

Allen unseren verehrten Freunden und Theater-Besuchern zum Weihnachtsfeste **die herzl. Glückwünsche!**

6460

B. Wellner und Frau.

Aus aller Welt.

Ablieferung von Napoleon-Denkwürdigkeiten an Italien.

Unter den von Oesterreich jetzt an Italien abgelieferten kunsthistorischen Gegenständen befinden sich auch die Insignien Napoleons I. als König von Italien. Darunter befindet sich auch der Krönungsmantel, die goldene Krone, das Szepter mit dem Markuslöwen, der Marschallstab und das italienische Reichssiegel. Diese Krönungsinsignien kamen nach dem Zusammenbruch des napoleonischen Kaiserreichs an den österreichischen Staat und mußten jetzt auf Grund des Friedensvertrages an Italien ausgeliefert werden.

Wölfe vor den Toren Roms.

Die Dezembertemperatur war in Italien außerordentlich niedrig, und der Direktor der Florentiner Meteorolgischen Station, Pater Alfani, hat mitgeteilt, daß solche Kälte im Dezember nur zehnmal in hundert Jahren beobachtet worden ist. Als Folgeerscheinung dieses kalten Wetters machen sich die Wölfe bemerkbar, die alten Sinnbilder aus dem Wappen der Stadt Rom, die ja früher in der Umgegend der ewigen Stadt häufig waren und deren Skelette man noch heute hie und da an den Ufern des Tiber finden kann. Die Raubtiere wurden von Hunger und Kälte aus den schneebedeckten Appeninen hervorgelockt und zeigten sich in den Dörfern in der Umgegend von Rom, schon fast vor den Toren. Die italienischen Blätter erzählen verschiedene Geschichten von heldenhaften Kämpfen der Schäfer, die den Raubtieren zu Leibe gingen, wenn sie ihre Herden angriffen. Aus den Dörfern hat man die Wölfe mit Schrotschüssen verscheucht.

Das Lied der Bleisoldaten.

In dem bekannten französischen Verlag: „Die Wiedergeburt des Buches (La renaissance du livre) ist kürzlich unter dem Titel: „Hübsche Bilder und Geschichten für unsere Kleinen" eine Gedichtssammlung von Pierre Veron erschienen, der wir das folgende „Lied der Bleisoldaten" entnehmen:

„Kein Mitleid im Herzen
Für die Boches, für die Boches,
Für die Frauenschänder,
Für die Kindermörder!
Niemals mehr dürfen die Räuber
Unschuldiges Blut vergießen.
Heraus die Bajonette!
Die Schlacht sei uns ein Fest.
Schlitzt den Bauch
Den verfluchten Henkern,
Den infamen Schweinen!
Wenn der Poilu erwacht,
Dann rötet sich die Erde
Vom Blut erschlagener Feinde.
Heil Euch, ihr tapferen Soldaten,
Die ihr treu eure Pflicht erfüllt
An unserer Seit' im Graben
Steh'n unsere Freunde und Brüder,
Wie werden wir uns freuen,
Den feigen Boche zu schlachten".

Dieses „Gedichtchen für die französischen Kleinen", stellt nicht etwa, wie man annehmen sollte, die Entgleisung eines einzelnen anormalen Menschen dar, sondern die Hetzpropaganda des „siegreichen" Frankreich wird, wie Studienrat F. Ehringhaus, Kassel, kürzlich an Hand von Zitaten aus einem französischen Lesebuch für Kinder (Les lectures des Petits) von Direktor M. Fournier, Paris, Librairie Gedalge, das heute in Elsaß-Lothringen und Frankreich in den Volksschulen gebraucht wird, nachgewiesen hat, systematisch mit Wissen der Regierung in den französischen Volksschulen betrieben. So hat man schon jahrzehntelang in ähnlicher Weise gehetzt und damit den Boden für den Krieg vorbereitet.

Der verulkte Posttarif.

Einen poetischen Erguß auf die durch die Geldentwertung notwendig gewordenen, von der deutschen Postverwaltung sprunghaft erhöhten Postgebühren brachte vor kurzem eine deutsch-amerikanische Zeitung. Das Poem, das auf den Rückgang des Briefverkehrs anspielt, hat folgenden Wortlaut:

Ueber allen Wipfeln ist Ruh.
Von nirgendwo kriegst du
mehr einen Brief.
Der neue Tarif
macht alles zunichte:
Familienberichte
und Herzensergüsse
von liebwerten Tanten
und anderen Verwandten,
Kein Mensch greift zur Feder
Es hütet sich jeder,
die Post zu bemühn.
Selbst Jungfrauen, die glühn
Von Lieb' und von Feuer,
sie finden zu teuer
und stark
zwölf Mark!
Hafte Worte?
Nun, liebe am Orte
und spar dir das Schreiben,
Die Briefträger reiben
vergnügt sich die Hände;
sie halten am Ende
Den Dienst ja noch aus,
Sie bringen ins Haus
dir nicht mal 'ne Karte,
Warte nur, warte,
Bald ist die Post,
die gescheite —
pleite!

Gebr. Kaufmann

Am Markt **CASTROP** Am Markt

Herren - Oberhemden
Kravatten
6456
Kragen

Zu Festgeschenken:

Kleiderstoffe
und Seidenstoffe in vielen Farben

Taschentücher
weiß und farbig

Trikotagen
alle Arten Woll- und Strumpfwaren

Schlafdecken
weiße und bunte Bettücher

Konfektion
für Damen und Mädchen

Pelzwaren
Kragen und Muffen

Gardinen
Kaffeedecken, Tischdecken

Konfektion
für Herren und Knaben

Handschuhe
für Damen, Herren und Kinder

Wäschestoffe
für alle Arten Leib und Bettwäsche

Große Auswahl in
Seiden - Jumper / Woll - Jumper / Strick - Jacken

Herren-Shawls
in Wolle und Seide in den neuesten Farben.

Tischzeuge
Handtücher, Staubtücher usw

Damenwäsche
Corsetts und Unterröcke

Handarbeiten
vorgezeichnete und fertige Artikel

Umschlagtücher
Hausschürzen, Servierschürzen

Auf Kredit!

Bettstellen, Matratzen,

Auf Kredit!

Kleiderschränke, Waschkommoden mit Spiegel

Auf Kredit!

Küchen-Büfetts, Eimerschränke.

Gekaufte Möbel werden kostenlos aufbewahrt

MÖBELHAUS
M. TOLCZINER
Castrop,
Markt 3.
418

Am Samstag, den 23. Dez. morgens von 8½—9½ Uhr
Verkauf von minderwertigem Rindfleisch.
auf der Freibank des Schlachthofes. Pfund 250 Mk.

Nur
Max Schwarz
Castrop, Münsterstraße 16. Eing. Biesenkamp
Habinghorst, Kronprinzenstr. 4
zahlt die höchsten Preise für Altpapier und Felle.
Zahle auch folgende Preise für Flaschen:

lange Weinflaschen	30 Mk.
Rotweinflaschen	18 Mk.
Liter- u. Kognakflaschen	25 Mk.
Sektflaschen	35 Mk.

Größere Quanten werden auf Wunsch abgeholt. 6280



Flügel
zu kaufen gesucht. 6469
Fritz Jürgens.
Hamm i. W., Oststr. 41
Fernruf 1290.

Suche eine gebrauchte aber gut erhaltene 6486
Metallbettstellen
zu kaufen.
Ediger,
Bochumerstraße 128.

Neuer 6488
Winterpaletot
mittlere Größe zu verkauf.
Raurel, Raisheller.

Fast neuer 6480
Kinomategraph und Laterna Magika
zu verkaufen.
Marktstraße 12.

Zum sofortigen Eintritt wird ein durchaus nüchterner, zuverlässiger
Mann
als Wächter
für Revierdienst gesucht. Nur schriftl. Meldungen mit Lebenslauf und Angabe der Gehaltsansprüche an die 6374
Inspektion d. Bochumer Wach- und Schließgesellschaft, Bochum, Kortumstraße 24. 6374



Den schönsten Glanz für wenig Geld Durch Schuhputz
Pilo
man erhält

Die Beleidigung
die ich gegen Fräulein Klostermann, Kreuzstraße, geäußert habe nehme ich hiermit zurück. 6487
B. Droste,
Widumerstraße.

Schlüpfer Anzüge Hosen Gummi-Mäntel

in größter Auswahl zu billigen Uebergangspreisen

Gebr. Rollmann
Castrop, Wittenerstr. 6.

Preuß. Südd. Klassen-Lotterie
Ziehung 1. Klasse am 9. und 10. Januar 1923.
750 000 Lose mit 300 000 Gewinnen und 24 Prämien in 4 Klassen im Gesamtbetrage von über
1¼ Milliarde Mark
Größter Gewinn im günstigsten Falle auf 1 ganzes Los
12½ Millionen Mark.
Einsatzpreise der Lose:

Für die 1. Klasse:		Für die 2.—4. Klasse:	
1/8 Los	75.— Mark	1/8 Los	100.— Mark
1/4 Los	150.— Mark	1/4 Los	200.— Mark
1/2 Los	300.— Mark	1/2 Los	400.— Mark
1/1 Los	600.— Mark	1/1 Los	800.— Mark

Preise für Vollose: 1/8 375.— Mk., 1/4 750.— Mk., 1/2 1500.— Mk. 1/1 1500.— Mk. 6162

Kraus, Staatl. Lotterie-Einnehmer, Herne, Neumarkt, Fernr. 90. Mittelspersonen Georg Bies, Castrop. August Morjan, Rauxel. Karl Dworak, Habinghorst. J. Macke, Ickern. 6168

Kochherde
nur Fabrikate Küppersbusch und Senking in sehr großer Auswahl äußerst billig.
Heinrich Heiland, Herne,
Bahnhofstraße 3. 5586

Warum? ist
Dr. Ferrahe Heilseife als **Kinderseife** allgemein bekannt u. beliebt?
Weil
dieselbe vorzüglich desinfiziert, das Wundwerden verhindert u. einen üppigen Haarwuchs gibt.
Zu haben in allen Apotheken, Drogerien u. Parfümerien.

Bringe meine moderne
Schuhwaren
in empfehlende Erinnerung
Reparaturen werden prompt und sauber zu den billigsten Tagespreisen ausgeführt.
August Weiland
Habinghorst, Kronprinzenstr. 94.

Gebr. Schärf
Habinghorst, Kronprinzenstr. 89.
Empfehlen
Schlafzimmer, Küchen, Einzelne Küchenschränke, Büffets, Kleiderschränke, Bettstellen, Waschkommoden, Nachtkonsolen, Matratzen, Sofas, Flurgarderoben, Nähtische Blumenkrippen noch weit unter Tagespreis.

Tüchtige, fleißige
Zeitungsbotin
für Bezirk Obercastrop gesucht.
Castroper Zeitung.

Ordentliche
Zeitungsbotin
für den Bezirk Wittenerstraße gesucht.
Castroper Zeitung.

Bekanntmachung.

Der auf Grund der Jagdpachtverhandlung vom 15. November 1922 abgeschlossene Jagdpachtvertrag liegt vom 22. d. Mts. ab zwei Wochen lang im Verwaltungsgebäude I, Zimmer 10, zur Einsicht auf. 465

Der Jagdvorsteher:
Wynen, Bürgermeister.

Suche zum 1. Januar 1923 tüchtige, flotte
Verkäuferin
für mein Lebensmittelgeschäft. 6476
W. Kaltenpoth.